Editorial

Liebe Leser*innen!

Die "Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter" – Das setzt sich der Ende letzten Jahres veröffentlichte 16. Kinder- und Jugendbericht als Kernthema. Uns veranlasste es, den Schwerpunkt dieser Ausgabe auf Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu setzen und sowohl in Hamburg als auch im Saarland zu schauen, was es für Projekte und Ansätze dazu gibt. Eines wurde dabei klar: Die Facetten politischer Bildung sind vielfältig.

(Offene) Kinder- und Jugendarbeit hat einen an den Menschenrechten orientierten und gesetzlich verankerten Auftrag der politischen und demokratischen Bildung. Nimmt die OKJA diesen Auftrag und ihre Rolle als parteiliche Interessenvertretung ernst, so kann sie gar nicht anders, als sich politisch zu positionieren. Sie kann nicht neutral sein gegenüber Rassismus, Sexismus, Trans- und Homofeindlichkeit, Antisemitismus und anderen sozialen Ausgrenzungs- und Ungleichheitsmechanismen. Mehr dazu lässt sich in einer Stellungnahme der Interessenvertretung der Offenen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Hamburg ablesen. Hier spiegelt sich ein aktuelles fachpolitisches Ringen wider; der vom Deutschen Bundestag herausgegebene 16. Kinder- und Jugendbericht greift dies am Ende eindrücklich auf:

"Politische Bildung ist in den letzten Jahren zu einem umkämpften Politikfeld geworden. Unter dem Stichwort der Forderung nach ,Neutralität' werden formale wie non-formale Angebote politischer Bildung, die öffentlich gefördert sind, infrage gestellt, Träger werden als ,linksextremistisch' diskreditiert und sogar persönliche Angriffe auf einzelne Akteurinnen und Akteure sind keine Ausnahme mehr. Die Kommission hat festgestellt, dass politische Bildung entsprechend der substanziellen Dimension von Demokratie nicht neutral ist und nicht neutral sein kann. Sie fordert die politisch Verantwortlichen daher auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Akteure politischer (Jugend-)Bildung vor Delegitimierung ihrer Arbeit, die bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren stets mit der Angst vor dem Verlust von öffentlicher Förderung einhergeht, zu schützen." (S. 571)

Nun noch ein kleiner Vorgeschmack auf die vielfältigen Beiträge: Das Neutralitätsgebot: Ein rechtlicher Maulkorb für die politische Bildung? lautet die Ausgangsfrage von Prof. (em.) Dr. Friedhelm Hufen. Daran anschließend offeriert er uns Thesen zu einem aktuellen Problem. Das besondere Potential einer lebensweltorientierten politischen Bildung in der OKJA aufgrund ihrer Nähe zu "jugendkulturellen Praktiken, wie chillen", arbeiten Yağmur Mengilli und Moritz Schwerthelm heraus. Wie Jugendarbeiter*innen politische Bildung in Alltagsgespräche mit und unter Jugendlichen einfließen lassen, belegt Stefanie Kessler empirisch.

Christoffer Bethmann verdeutlicht, wie im Jungs*-Café von Streetlife e.V. in Rahlstedt Fachkräfte gemeinsam mit den Jugendlichen über Gründe für rassistisches Verhalten und mögliche Auswirkungen reflektieren. Auch Torben Köhler und Fatih Ayanoğlu sowie Stefan Baumann berichten von ihren Angeboten aus dem Bereich der Demokratiebildung. Dabei zeigen sie: Die OKJA leistet einen ganz eigenen und wichtigen Beitrag, jungen Menschen "Politisches Wissen zu vermitteln, ihre kritische Urteilsfähigkeit zu stärken, ihnen Erfahrungen in demokratischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen und sie zu ermutigen, sich politisch einzubringen."

Das Saarland hat mit über 130 selbstverwalteten Jugendtreffs ein für Hamburger Verhältnisse unvorstellbares Netz von Selbstorganisation junger Menschen ohne eine pädagogische Deutungshoheit. *Tobias Drumm und Theo Koch* von *juz-united* zeigen auf, was das für eine jugendliche Selbstermächtigung heißt und wie dort Demokratiebildung "in echt" passiert. *Kendra Williams* holt uns als ehemalige Nutzerin eines dieser Jugendzentren in die Zeit mit dem "Duft der Freiheit" zurück.

Viel Spaß beim Lesen wünschen unsere beiden neuen Geschäftsführer*innen Vera Koritensky und Anja Post-Martens sowie Svenja Fischbach und Karen Polzin

* Durch das Sternchen möchten wir Menschen ansprechen, die sich dem zweigeteilten Geschlechtersystem nicht zuordnen können und an den gesellschaftlich konstruierten Charakter von Geschlecht erinnern.